

Integration IN HESSEN



Liebe Leserinnen und Leser,

bei meinen vielen Gesprächen vor Ort begegnet mir immer wieder ein Thema: die Integration von Flüchtlingen. Auch neuere Umfragen zeigen, dass dieses Thema viele Menschen bewegt. Die Landesregierung hat schon im Jahr 2015 sehr schnell reagiert. Mit zwei Aktionsplänen hat sie in den beiden Folgejahren mehr als 3 Milliar-

den Euro für Maßnahmen bereitgestellt, die der gesamten Bevölkerung Hessens zugutekommen: Wohnungsbau, Lehrerstellen, Sprachförderung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und vieles mehr. Die Kurse „Werte und Sprache“ sind feste Angebote in unseren Erstaufnahmestandorten, das Programm „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen“ der hessischen Justiz gilt bundesweit als vorbildlich. Die Aufgabe wird uns noch viele Jahre beschäftigen, aber: Hessen wird sich weiterhin erfolgreich für Integration einsetzen!

Ihr

Stefan Grüttner Hessischer Minister für Soziales und Integration

Hessen steigert sich – mehr neue Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Landesdienst eingestellt!

Die zweite Befragung zur Vielfalt in der hessischen Landesverwaltung hat ergeben, dass sich die Anzahl der neu eingestellten Beschäftigten mit Migrationshintergrund gegenüber der ersten Befragung vor 3 Jahren erhöht hat. Lag der Anteil von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationsgeschichte in der hessischen Landesverwaltung bei der ersten Befragung 2013/2014 bei 22,8%, so hatten bei der zweiten Befragung 24,3% der Vergleichsgruppe einen solchen Background.

Rechnet man das Hessische Kultusministerium, das seinerzeit aus methodischen Gründen außen vorgelassen werden musste, und die erstmals befragte Polizeiakademie mit ein, ergibt sich gleichfalls eine Steigerung der Quote neuer Beschäftigter mit Migrationshintergrund von 21,9 auf 22,4%.

Im Rahmen der Befragung zur Vielfalt, die das Hessische Ministerium für Soziales und Integration in Kooperation mit dem Hessischen Statistischen Landesamt nun zum zweiten Mal durchgeführt hat, wurden alle Neueingestellten auf freiwilliger Basis und ohne Namensnennung zu ihrem Beschäftigungsverhältnis (z.B. Beamte/r–Angestellte/r; unbefristet–befristet), ihrer Eingruppierung (z.B. mittlerer, gehobener oder höherer Dienst), der Frage, wie sie auf die Stelle aufmerksam geworden sind (z.B. Stellenanzeige in der Zeitung, Internet, Jobmesse, Familie und Freunde) und einem möglichen Migrationshintergrund befragt.

„Wir möchten wissen, ob wir es schaffen, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für eine Tätigkeit in der Landesverwaltung zu gewinnen!“, sagt Kai Klose, Staatssekretär im Hessischen Mi-

nisterium für Soziales und Integration. „Denn eine Verwaltung kann umso besser ihren Auftrag erfüllen und auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung reagieren, wenn sie ein Spiegelbild dieser darstellt. Wir nehmen insofern die neuen Zahlen als Ansporn, unsere Bemühungen weiter zu intensivieren und den Prozess der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung weiter und konsequent voranzutreiben!“

Die Befragung zur Vielfalt in der hessischen Landesverwaltung wurde im Rahmen der Bemühungen der Landesverwaltung zu ihrer interkulturellen Öffnung erstmalig 2013/2014 durchgeführt. Grundlage dafür ist das Regierungsprogramm: „Wir wollen ... den öffentlichen Dienst ... noch stärker interkulturell öffnen. Dazu gehören Kurse über interkulturelle Kompetenz und eine verstärkte Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund.“

Der Hessische INTEGRATIONSMONITOR

FORTSCHREIBUNG 2018

Viele der seit Jahren im Hessischen Integrationsmonitor beobachteten Indikatoren weisen einen positiven Trend auf. Auch wenn diese Entwicklungen Schwankungen unterliegen, zeigen sie, dass Integration in vielen Bereichen gelingt. Der folgende Beitrag stellt drei zentrale Indikatoren aus den Themenfeldern Bildung und Einkommen vor.

Zielsetzung

Leitlinien hessischer Politik sind Chancen auf Bildung, auf die Entfaltung von Potenzialen und vor allem auf Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden. Dies gilt auch für Zugewanderte und ihre Nachkommen. Erfolgreiche Integrationspolitik trägt ganz wesentlich zur Verwirklichung dieser Ziele bei.

Eine gelungene Integrationspolitik benötigt verlässliche Fakten, um die Chancen und Herausforderungen von Zuwanderung realistisch einschätzen zu können. Dabei geht es nicht um eine „gefühlte“ Realität. Ganz oben auf der Skala präziser Fakten stehen quantitative Daten – Zahlenmaterial –, mit denen sich Integrationsbedarfe, Potenziale und der Stand der Integration abbilden lassen.

Vorgehensweise

Mit dem Hessischen Integrationsmonitor, der im Mai in vierter Fortschreibung erschienen ist, steht der Landesregierung ein wissenschaftlich gestütztes Instrumentarium zur Verfügung. Der Integrationsmonitor 2018 fasst Daten aus 25 Quellen – darunter amtliche Statistiken, sozialwissenschaftliche Untersuchungen und eigene Erhebungen der Landesregierung – zusammen und erläutert sie.

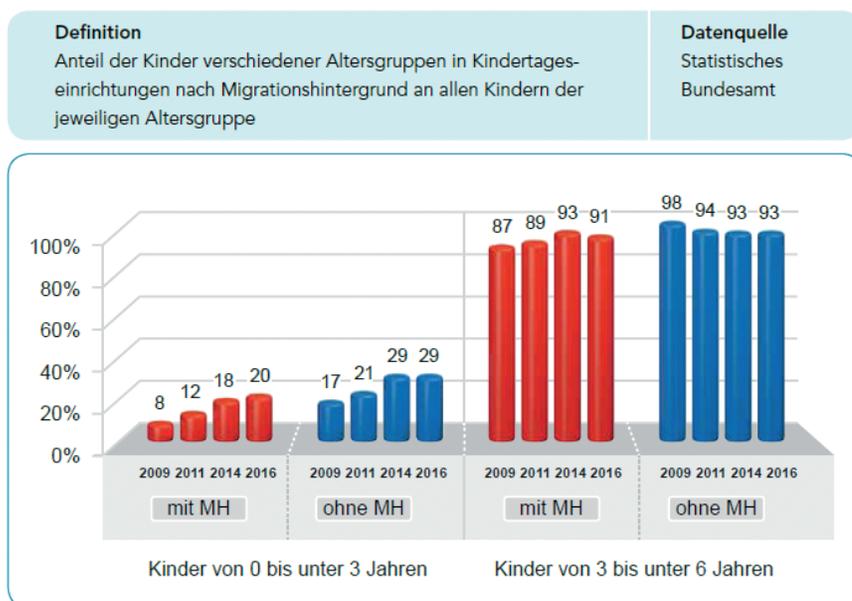
Die 73 Indikatoren werden in die Grundzüge der bundesweiten Fachdiskussion eingebettet, sodass ein Bogen zu anderen Sozialberichten geschlagen wird. Dies soll einer Fehlinterpretation der Daten entgegenwirken und der Komplexität der sozialen Wechselwirkungen Rechnung tragen.

Integration wird dabei als Angleichung der Partizipation von Zugewanderten und ihren Kindern an Nichtzugewanderte verstanden. Um den komplexen Prozess der Integration messbar zu machen, wird er in vier verschiedene Dimensionen (strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische) zerlegt und in verschiedene Themenfelder aufgespalten. Diese werden dann anhand von geeigneten Indikatoren beschrieben, für deren Berechnung hessenweite Daten herangezogen werden.

Ausgewählte Indikatoren

Diverse Studien belegen, dass Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich tendenziell schlechtere Ergebnisse erzielen als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die frühkindliche Förderung gilt als entscheidend für den späteren Bildungserfolg; die Kindertagesstätten ergänzen das Angebot in den Familien.

In Hessen hat der Besuch von Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren zugenommen. Die Betreuungsquote wuchs zwischen 2011 und 2016 von 17% auf 25% und liegt damit in Hessen über der des früheren Bundesgebietes (23%). Mit zunehmendem Alter der Kinder nimmt auch der Besuch in Kindertagesstätten zu. Von den unter Dreijährigen ohne Migrationshintergrund besuchen knapp 29% und von denen mit Migrationshintergrund knapp 20% eine Kindertageseinrichtung.



Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund (in %)

© HMSI

Die Betreuungsquote der Kinder mit Migrationshintergrund konnte sich dabei positiver entwickeln – nämlich mehr als verdoppeln. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen ist ein anderer Trend zu beobachten: Die Angebote der Kindertagesstätten werden tendenziell weniger von Kindern ohne Migrationshintergrund als früher genutzt; deren Betreuungsquote ist seit 2009 um 5 Prozentpunkte gefallen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund hat sie dagegen im gleichen Zeitraum mit Schwankungen um knapp 5 Prozentpunkte zugenommen. Insgesamt ergibt sich so eine deutlich kleinere Betreuungslücke zwischen beiden Gruppen.

Der Bildungserwerb setzt sich mit dem Schulbesuch fort. Der Schulabschluss hat einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Bildungsbiographie und die Chancen am Arbeitsmarkt. Daher untersucht der Indikator Schulentlassene, mit welchen Abschlüssen Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund die Schule verlassen.

Auch bei den Schulabschlüssen ist seit Beginn des Beobachtungszeitraumes eine leichte Aufwärtsmobilität zu beobachten. Während sich der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die die Schule mit Realschulabschluss verlassen, über die vergangenen Jahre hinweg zwischen 42% und 45% bewegt, ist der Anteil derer mit Abitur etwas gewachsen: Im Beobachtungszeitraum stieg er von 18% auf 23%, um dann auf 21% zu fallen. Zurückgegangen ist der Anteil der Schulentlassenen mit Hauptschulabschluss von 29% auf 26%. Auf niedrigem Niveau konstant geblieben ist der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss; er liegt aktuell bei 5% und damit unter dem Bundesdurchschnitt.

tergrund weniger auf Renten/Pensionen bzw. Vermögen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes zurückgreifen (12% vs. 30%), was sich wenigstens zum Teil mit ihrer jüngeren Altersstruktur erklären lässt. Deutlich höher ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus öffentlichen Sozialtransfers sichern (14% gegenüber 5%).

Im Vergleich zu 2005 können mehr Personen mit und ohne Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren. In etwa gleichem Ausmaß hat die Abhängigkeit von Angehörigen abgenommen. Der Anteil derjenigen, die überwiegend von Renten/Pensionen, ihrem Vermögen oder öffentlichen Transferleistungen leben, ist im Berichtszeitraum stabil geblieben.

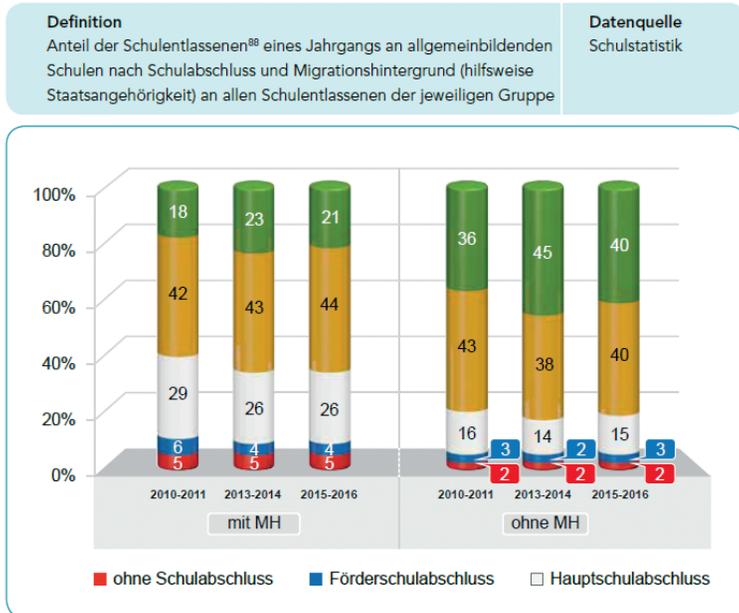
Neuerungen

Wiederaufgenommen in die Fortschreibung 2018 ist der Teil zum aktuellen Wanderungsgeschehen mit den Zuwanderungskennzahlen des Integrationsmonitors 2013. Dieser Teil wird um neue Indikatoren zur Asylzuwanderung ergänzt. Herkunftsländer der Migranten werden ebenso analysiert wie ihre Altersstruktur, ihre berufliche Qualifikation, ihre Erwerbstätigkeit sowie ihre Motive der Zuwanderung.

Der Bericht legt gleichzeitig Wert auf subjektive Indikatoren, die die Einstellungen der Bevölkerung wiedergeben. So wurden Indikatoren zu Sorgen wegen Zuwanderung oder wegen Ausländerfeindlichkeit, zu Diskriminierungserfahrungen, zur Einschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes oder zur eigenen wirtschaftlichen Lage fortgeschrieben sowie Indikatoren zum Interesse an Politik oder zur Beurteilung der religiösen

Vielfalt in Hessen neu eingeführt.

Beide Neuerungen folgen den Vorgaben der Integrationsministerkonferenz. Wer sich genauer für die Befunde des Hessischen Integrationsmonitors 2018 interessiert, kann den Monitor unter www.integrationskompass.de herunterladen.



Schulentlassene nach Migrationshintergrund (in %)

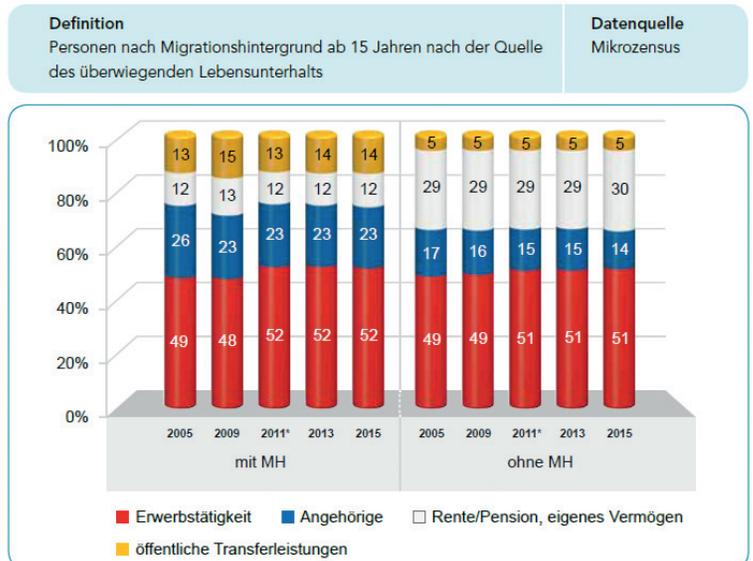
© HMSI

Die Abbildung macht deutlich, dass sich die Entwicklung der Schulabschlüsse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weitestgehend parallel zu der der Jugendlichen ohne diesen Hintergrund vollzieht. Allerdings ist der Fakt, dass junge Frauen tendenziell deutlich höhere Schulabschlüsse erreichen als junge Männer – unabhängig vom Migrationshintergrund – aus der Abbildung nicht ersichtlich.

Aus der Einkommensstruktur lassen sich in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen gewisse Rückschlüsse auf die Lebenssituation verschiedener Gruppen ziehen. Der Indikator "Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes" zeigt, aus welchen finanziellen Quellen die hessische Bevölkerung ihren Lebensunterhalt überwiegend – nicht ausschließlich – bestreitet.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung finanziert ihren Lebensunterhalt vor allem durch Einkünfte aus eigener Erwerbstätigkeit; dies gilt vor allem für Männer (58%), weniger dagegen für Frauen (45%) und ist unabhängig vom Migrationshintergrund.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist häufiger auf Unterstützung durch Angehörige angewiesen als die Bevölkerung ohne diesen Hintergrund (23% vs. 14%). Hinter diesen Zahlen verbergen sich in erster Linie Jugendliche und Frauen, die nicht erwerbstätig sind. Gleichzeitig können Personen mit Migrationshin-



Bevölkerung nach Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts und nach Migrationshintergrund (in %)

© HMSI

LÖWEN IM HERZ

DIALOG - LandFrauen und Integrationslotsinnen



© HMSI

„Gerade Frauen sind oft sozusagen ein ‚Motor‘ für Integration. Sie haben auch mit Blick auf ihre Familien ein vitales Interesse daran, Chancen zu nutzen und für alle einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Deshalb ist es besonders vielversprechend, Frauen zusammenzubringen und ihre Vernetzung anzustoßen“, erläuterte Staatssekretär Kai Klose als Bevollmächtigter der Hessischen Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung im Vorfeld des Dialogs „Weibliche Begegnung – Lebensmodelle von Frauen im ländlichen Raum“ Anfang Juni in Gelnhausen. Die Veranstaltung war der Auftakt zu einer Dialogreihe im Rahmen von „Löwen im Herz 2018“; die Initiative führt Menschen zusammen und stärkt ihren Zusammenhalt, sie findet mit Partnerinnen und Partnern vor Ort statt.

In Gelnhausen waren LandFrauen und Integrationslotsinnen aus dem Main-Kinzig-Kreis zum Dialog eingeladen. Anknüpfungspunkt war das ehrenamtliche Engagement, das sowohl von den LandFrauen als auch von den Integrationslotsinnen geleistet wird. Mit einer Gesprächsrunde wurden die Teilnehmerinnen seitens des Ministeriums sowie der Präsidentin der LandFrauen Hessen, Hildegard Schuster, und von Stephanie Michel, Integrationsbüro des

Main-Kinzig-Kreises, näher in das Thema eingeführt.

Ein Speed-Date brachte danach zunächst die Teilnehmerinnen persönlich miteinander ins Gespräch. In der anschließenden thematischen Arbeit zum ehrenamtlichen Engagement wurden die Aspekte „Wertschätzung“, „Herausforderungen“ und „Was sonst noch wichtig ist“ diskutiert. „Unser aller Horizont hat sich mit diesem Dialog geweitet“ würdigte Staatssekretär Klose, „die Erfahrungen und Anregungen sind für uns aufschlussreiche Hinweise aus erster Hand“.

Die Kreisfrauenbeauftragte, Ute Pfaff-Hamann, und Hildegard Schuster von den LandFrauen waren sich einig: „Wir haben alle an einem Strang gezogen – in dem Interesse, das Gegenüber besser kennen zu lernen und zu verstehen, weil wir wissen, dass Frauen im ländlichen Raum davon besonders profitieren, wenn wir uns vernetzen und zusammenarbeiten“.

Als Ergebnisse wurden u.a. festgehalten, dass sich ehrenamtlich Aktive immer wieder als Einzelkämpferinnen und -kämpfer empfinden; dass Zurückhaltung im Miteinander in der Sorge begründet sein kann, etwas falsch zu machen; dass ehrenamtliches Engagement nicht selbstverständlich wertgeschätzt wird; dass die Verständigung unter den

Aktiven dazu beitragen kann, Fragen mit Gleichgesinnten zu klären und sich gegenseitig zu stärken.

Staatssekretär Klose abschließend: „‘Löwen im Herz‘ charakterisiert eine Haltung der Menschen, nämlich sich mit Mut und Verantwortung für andere Menschen einzusetzen. LandFrauen und Integrationslotsinnen gehören mit ihrem unschätzbaren ehrenamtlichen Engagement dazu!“.



Gruppendiskussion © HMSI

Minister Stefan Grüttner: „Diese Menschen stehen für gelungene Integration“

Regelrechte Blitzlichtgewitter prasselten auf die Geehrten nieder – wie sonst nur Prominente auf dem roten Teppich dürften sich die Menschen gefühlt haben, die für herausragende Leistungen zum Wohle des Landes Hessen Anfang Juni mit einem Festakt von Stefan Grüttner, Hessischer Minister für Soziales und Integration, im Biebricher Schloss in Wiesbaden geehrt wurden: „Ich freue mich, diese Menschen mit Migrationshintergrund ehren zu können, weil sie erfolgreich in Hessen angekommen sind und für gelungene Integration stehen“.



Die Geehrten mit Staatsminister Stefan Grüttner auf der Schlosstreppe © Sabrina Feige

Die Initiative dafür ging vom Vorsitzenden der Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung der Stadt Frankfurt am Main (KAV) aus, Jumas Medoff. Auf seine Bitte hin übernahm der Minister für 2018 die landesweite Ehrung. Eine Jury, die von Seiten hessischer Ausländerbeiräte besetzt wurde, wählte die zu Ehrenden aus. Dazu erklärte der Staatsminister: „Die Urkunden werden für herausragende Leistungen in Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft verliehen. Diese Menschen haben sich besondere Verdienste erarbeitet – Verdienste, die sie selbst und zugleich das Land Hessen ehren“, so Grüttner.

Die Landesregierung unternimmt erhebliche Anstrengungen, um für alle Menschen in Hessen gleichberechtigte Chancen auf Teilhabe zu gewährleisten und eine Integrationskultur zu etablieren. Der Minister bekräftigte, dass das

Land seinen Grundwerten treu bleibe. Es zähle das, was alle verbinde: die Werte der Verfassung, die die Basis unserer offenen Gesellschaft seien, ebenso der Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen. Je vielfältiger eine Gesellschaft sei, umso wichtiger seien Respekt und Wertschätzung im Miteinander. Ein wesentlicher Teil der hessischen Integrationskultur bestehe daher in einer gelebten Anerkennung der Menschen, also darin, ihre Leistungen sichtbar zu machen und zu würdigen: „In der Fachwelt sind die Leistungen derer, die hier geehrt sind, längst bekannt. Mir ist es eine große Freude, sie darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Jede einzelne Persönlichkeit ist ein Leistungsträger unserer Gesellschaft. Dafür sage ich allen herzlichen Dank! Sie schreiben Erfolgsgeschichte in Hessen und Sie sind Teil unserer vielfältigen hessischen Gesellschaft.“

Die Geehrten

- Mohamad Ahmad Alissa, Gießen, Physiker
- Ayse Asar, LL. M., Bad Camberg, Kanzlerin der Hochschule RheinMain
- Elif Burcu-Karakoç, Frankfurt, Rechtsanwältin und Notarin
- Suzana Flanz, Wiesbaden, Unternehmerin
- Dr. Sławomir Heller, Darmstadt, Ingenieur und Unternehmer
- Hanna Kamyshanska, Frankfurt, Informatikerin, Senior Data Scientist
- Cromwell Kebenei, Rüsselsheim, Bachelor Internationales Wirtschaftsingenieurwesen
- Prof. Dr. Karim Khakzar, Fulda, Präsident der Hochschule Fulda
- Dr. Asim Khan, Frankfurt, Staatsanwalt
- Prof. Dr. Hüdayi Korkusuz, Frankfurt, Facharzt für Radiologie und Nuklearmedizin
- Dr. med. Ivo Martinovic, Marburg, Herzchirurg
- Dr. med. Predrag Matic, Darmstadt, Internist und Unternehmer
- Prof. Dr.-Ing. Ermira Mezini, Bad Vilbel, Informatikerin
- Prof. Dr. med. Veselin Mitrovic, Bad Nauheim, Internist und Kardiologe
- Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Gießen, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Prof. Dr. Rachid Ouaisa, Marburg, Politikwissenschaftler
- Banu Ejder Özcan, Frankfurt, Betriebswirtin, Vorstandsvorsitzende und CEO der Akbank
- Dr. med. Savvas Savvidis, Obertshausen, Internist
- Prof. Dr. Semi Sen, Bad Soden, Internist und Kardiologe
- Prof. Dr. Kaifu Zhu, Wiesbaden, Studiendekan Masterstudiengang Wirtschaft und Interkulturelle Kommunikation an der Hochschule Fresenius



Blitzlichtgewitter bei jeder einzelnen Ehrung © Sabrina Feige

Erste INTEGRATIONSVERTRÄGE der Hessischen LANDESREGIERUNG



Staatssekretär Kai Klose bei Vertragsunterzeichnung bei der Landespressekonferenz © HMSI

Die Hessische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Vereinbarung von Integrationsverträgen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren festgehalten. Zu zentralen und sehr aktuellen Themen der Integrationspolitik hat das Hessische Sozialministerium nun zwei Integrationsverträge abgeschlossen. Staatssekretär Kai Klose betonte bei der Vorstellung: „In Hessen funktioniert Integration Hand in Hand. Nur mit unseren Bündnispartnern aus der Zivilgesellschaft gemeinsam können wir Integrationspolitik so gestalten, dass sie bei den Menschen auch ankommt.“

Die Hessische Landesregierung hat einen Integrationsvertrag mit der Bildungsstätte Anne Frank zu dem hoch aktuellen Thema des Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft abgeschlossen. Damit greift sie die in der jüngsten Zeit zunehmend diskutierten Angriffe gegen Jüdinnen und Juden auch in Hessen auf und setzt einen aktiven Part dagegen.

Staatssekretär Klose betonte in diesem Zusammenhang ausdrücklich: „In Deutschland haben wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber jüdischem Leben und es kann uns nicht

ruhen lassen, wenn wir hören, dass Juden in deutschen Städten, Angst haben müssen, eine Kippa zu tragen. Es ist an uns allen, immer wieder für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu streiten. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, bei dieser Diskussion nicht alle Geflüchteten und alle Muslime in einen Topf zu werfen und dabei antisemitische Einstellungen in der einheimischen Bevölkerung außer Acht zu lassen. Mit der Bildungsstätte-Anne-Frank haben wir einen Partner gefunden, der viel Expertise in diesem Themenfeld einbringt.“

Die Bildungsstätte Anne Frank begrüßt das Vorhaben des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, Projekte und Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus zu fördern. „Aus unserer Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen wissen wir: Antisemitismus und Rassismus sind auch in Hessen für viele Menschen Alltag und Normalität“, sagt Saba-Nur Cheema, Leiterin der Pädagogischen Programme der Bildungsstätte Anne Frank, die als landesweites Zentrum für politische Bildung und Beratung mit Standorten in Frankfurt am Main und Kassel in ganz Hessen vertreten ist.

Vor dem Hintergrund der antisemitischen und islamfeindlichen Vorfälle der

jüngeren Zeit habe das Sicherheitsgefühl von Menschen, die in Hessen einer Minderheit angehören, noch einmal deutlich gelitten. Zugleich seien für viele Angehörige der Mehrheitsgesellschaft die Ausmaße der Anfeindungen nur schwer greifbar, viele fühlten sich selbst verunsichert durch die Herausforderungen der vielfältigen und interkulturellen Gesellschaft. Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. „Es ist wichtig, dass die Politik deutliche Signale sendet. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration geht mit dem Integrationsvertrag einen wichtigen Schritt, da es zum einen die Ausgrenzungserfahrungen von muslimischen Jugendlichen berücksichtigt und gleichzeitig deren antisemitische Vorurteile, die mit einer Israelkritik vermischt werden, aufgreift“, sagt Saba-Nur Cheema.

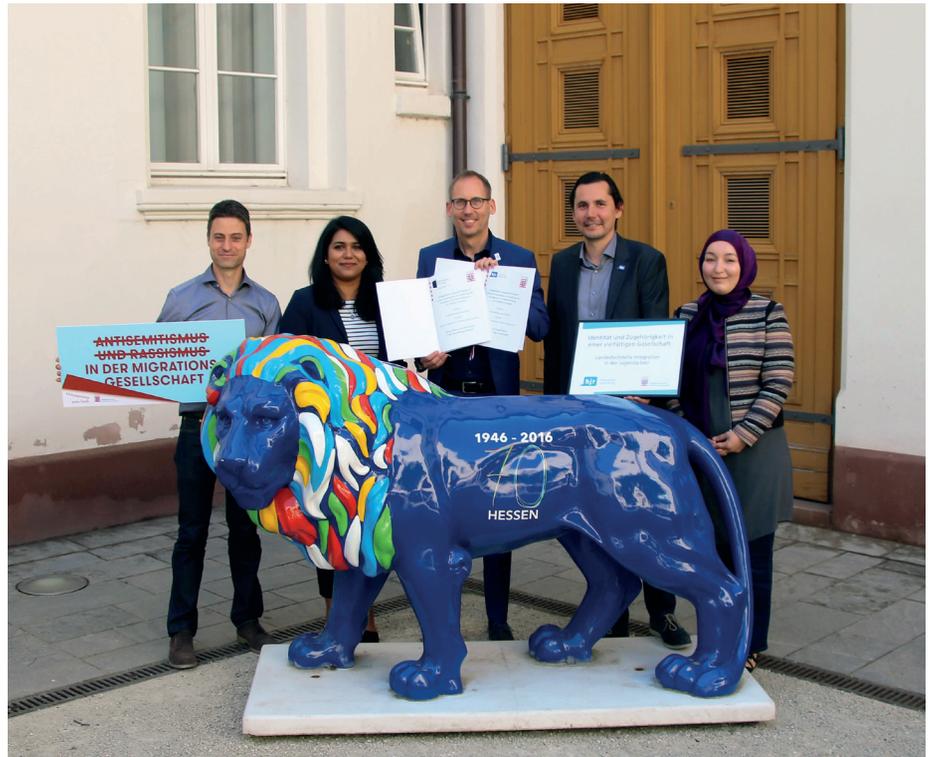
Der zweite Integrationsvertrag mit dem Hessischen Jugendring hat das nicht minder wichtige Thema der Zugehörigkeit von Angehörigen der zweiten und dritten Generation Zugewanderter zum Thema. Laut dem aktuellen Hessischen Integrationsmonitor hat knapp jeder dritte Hesse einen Migrationshintergrund, dies ist bundesweit der zweithöchste Anteil. Rund die Hälfte der 1,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Umso zentraler ist es, dass alle sich hier in Hessen zugehörig fühlen. Gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten sind dabei ein wichtiger Faktor. Dazu gehört aber auch ein Selbstverständnis zu entwickeln, dass Menschen, die schon lange hier leben, zuallererst Hessinnen und Hessen sind, auch und gerade wenn sie anders aussehen, anders heißen oder einem anderen Glauben angehören.

Staatssekretär Klose betonte: „Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft im Sinne eines inklusiven WIR zu fördern, müssen wir daher weiter

aufeinander zugehen und miteinander ins Gespräch kommen. Denn erst Begegnungen und das Engagement im eigenen Umfeld, aber auch das offene Ansprechen von Konflikten und das friedliche Arbeiten an Lösungen, machen eine funktionierende Gemeinschaft aus, in der jeder und jede ihren Platz finden kann. Wir müssen gerade in Zeiten stetigen Wandels klarmachen, was Gegenstand gesellschaftlicher Verhandlungen und Vereinbarungen ist und welches Fundament nicht verhandelbar ist.“

Mit dem Hessischen Jugendring baut das Hessische Ministerium für Soziales und Integration daher eine Landesfachstelle „Integration in der Jugendarbeit“ auf, um an der Verwirklichung der genannten Ziele zu arbeiten. Im Rahmen dieser Landesfachstelle sollen Zugehörigkeits- und Identitätsfragen von Kindern und Jugendlichen, die durch Zuwanderungsgeschichte geprägt sind, bearbeitet werden.

Der Hessische Jugendring unterstützt mit seiner Jugendarbeit über alle Herkunftsgrenzen hinweg junge Menschen bei ihrer Identitätsfindung und bietet



Vertreterinnen und Vertreter der Anne-Frank-Bildungsstätte und des Hessischen Jugendrings mit Staatssekretär Kai Klose © HMSI

Räume, sich auszuprobieren. Gerade junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erfahren so Anerkennung und Wertschätzung. Zwei Aspekte, die für

einen erfolgreichen Integrationsprozess maßgeblich sind und daher auch Leitlinie der hessischen Integrationspolitik insgesamt bilden.

Staatssekretär Kai Klose trifft sich mit

START - Stipendiaten auf dem Hessestag



START-Stipendiaten mit Staatssekretär Kai Klose in Korbach © HMSI

Staatssekretär Kai Klose setzt mit dem Treffen der START-Stipendiaten auf dem Hessestag eine achtjährige Tradition fort. „Die Landesregierung unterstützt dieses tolle Programm, in dem herausragende und talentierte Jugendliche mit Migrationshintergrund gefördert werden. Das heute bundesweite Programm hat in Hessen seine Wurzeln. Mit seinem Motto „Wir geben der Integration ein Gesicht“ entspricht es unserer Integrationspolitik, Integration im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar zu machen“, so Kai Klose wörtlich.

Die Stipendiaten treffen den Staatssekretär in der Landesausstellung und nach dem Interview auf der Landesbühne geht es zum internen Gespräch ins Altstadtcafé im Herzen von Korbach. Die Jugendlichen fragen Staatssekretär Klose, was sie interessiert und berichten über ihren Werdegang und die Zukunftspläne.

FESTAKT *zur Ehrung von hessischen* INTEGRATIONSLOTSSEN

Am 14. Juni 2018 wurden bereits zum dritten Mal von der Hessischen Landesregierung im Rahmen eines Festaktes im Biebricher Schloss in Wiesbaden ehrenamtlich aktive Integrationslotsinnen und -lotsen für ihr gesellschaftliches Bürgerengagement geehrt. Der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose, der die Ehrung vornahm und den 22 Integrationslotsinnen und -lotsen für ihren unermüdlichen Einsatz dankte, betonte: „Integrationslotsen übernehmen eine wichtige Brückenfunktion und geben vielen Menschen Hilfestellungen bei der Integration. Die Lotsinnen und Lotsen sind als Integrationshelfer vorbildlich.“



Frau Khatera Nassr, Integrationslotsin beim IB Südwest Hochtaunus bei der Ehrung © Katja Lenz

Hessen schon seit 2005 leisten, ist ein wichtiger Baustein hessischer Integrationspolitik und Integrationsfördermaßnahmen. „Integrationslotsinnen und -lotsen bilden eine wichtige Ergänzung zu den Regelangeboten vor Ort und tragen dazu bei, Zugangshürden abzubauen“, so Klose.

„Hilf mir, es selbst zu tun“ ist daher Zentrale Devise ehrenamtlicher Integrationslotsen. Zitat eines Lotsen: „Ich unterscheide nicht zwischen z. B. Syrern und Deutschen, zwischen Geflüchteten und Einheimischen. Für mich gibt es nur Menschen.“

Von 2014 bis 2017 wurden für die Qualifizierung und den Einsatz ehrenamtlicher Integrationslotsinnen und -lotsen rund 2,2 Mio. Euro aus dem Landesprogramm WIR investiert. Seit 2017 bietet das „Kompetenzzentrum Vielfalt – WIR-Lotsen“, das seinen Standort in Offenbach hat, als dezentrale Servicestelle eine Beratung zum Integrationslotse-nengagement sowie eine stärkere Ver-netzung mit regelmäßigen Erfahrungs-bzw. Informationsaustauschen an.

Durch diese seit 2016 jährlich stattfindende Würdigung soll ehrenamtliches Engagement für Menschen verschiedener Herkunft auch in der Öffentlichkeit verstärkt sichtbar gemacht werden. Die Würdigung und Anerkennung der Integrationslotsinnen und -lotsen durch Herrn Staatssekretär wurde durch ein buntes Kulturprogramm mit Piano und Saxophon sowie Zauberkunst durch Herrn Dr. Harry Keaton und dem Wiesbadener Eltern-Chor „Zwischentöne“ – Chorleiter Frank Eckhardt – umrahmt.

nachbarschaftlichen Zusammenleben vermittelt. Sie helfen vor Ort, Zugangshürden abzubauen und bewirken auf der anderen Seite interkulturelle Öffnungsprozesse von Institutionen, Ämtern und Vereinen.

Diese Unterstützung auf Augenhöhe, die Integrationslotsinnen und -lotsen in

Integrationslotsinnen und -lotsen bieten in den Kommunen und Kreisen direkte themenspezifische, kultursensible und häufig mehrsprachige Hilfestellung für (Neu-)Zugewanderte an. Die Einsatzfelder der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sind sehr unterschiedlich und vielfältig: Sie begleiten Zugewanderte beispielsweise zu Arztterminen, zur Ausländerbehörde, zu Elternabenden oder unterstützen sie bei Behördengängen oder Antragstellungen. Mit ihrer Hilfe werden gesellschaftliche Strukturen und Regeln im



© Katja Lenz

Zweite EINBÜRGERUNGSFEIER der Hessischen Landesregierung

„Ich freue mich, heute in so viele neue deutsche Gesichter zu blicken!“. Mit diesen Worten begrüßte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose, am 12. April 2018 im Hessischen Landtag seine Gäste. Zum zweiten Mal richtete die Hessische Landesregierung zur Anerkennung der Menschen, die den Weg der Einbürgerung vor kurzem gegangen waren, eine zentrale Einbürgerungsfeier aus. Acht Frauen und Männer aus unterschiedlichen Nationen wurden zudem "live" eingebürgert. Mit diesem landesweiten Festakt würdigte die Landesregierung die besondere Bedeutung des hoheitlichen Aktes der Einbürgerung, die den neuen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern deutlich macht, dass sie mit dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft einen neuen Abschnitt ihrer individuellen Integration erleben.

Rund 250 Gäste folgten der Einladung und kamen zur Einbürgerungsfeier. Unter ihnen Menschen, die bereits in den ersten Monaten dieses Jahres eingebürgert worden waren zumeist mit Begleitperson, aber auch viele andere Gäste aus den Bereichen Politik und Gesellschaft. Acht Neubürgerinnen und Neubürger gaben im Rahmen der Feier das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes ab und erhielten ihre Einbürgerungsurkunden aus den Händen des



Staatssekretär Kai Klose bei einer Live-Einbürgerung © Nicole Hankammer

Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose, sowie des Staatssekretärs des Innern und für Sport, Werner Koch. „Die Einbürgerung ist ein großer Schritt. Sie haben sich bewusst zu unserem Land bekannt! Sie sind Teil unserer vielfältigen hessischen Gesellschaft“, betonte Kai Klose bei seiner Rede. „Die Einbürgerung ist für jeden neuen Staatsbürger ein Bekenntnis zu der neu gefundenen Heimat. Sie stellt dabei keine Abkehr von der ursprünglichen Herkunft oder persönlichen Vergangenheit dar, sondern ist vielmehr auch Ausdruck des Wunsches, gesellschaftliche Verantwortung in Deutschland übernehmen zu wollen“, so Staatssekretär Werner Koch.

Der Festakt wurde musikalisch begleitet durch das Duo Claste und den Posaunisten Ilja Holodkov, der auf der Feier selbst „live“ eingebürgert wurde, „Das ist genau das, wovon ich so lange geträumt habe, ich habe das Gefühl, dass man mich hier auch haben will!“, so Ilja Holodkov. „Mit der Einbürgerung werden sich viele Türen öffnen!“, dessen waren sich die Neueingebürgerten voller Vorfreude bewusst. Die Stimmung war dementsprechend gelöst und feierlich zugleich. Der Höhepunkt der Zeremonie war das gemeinsame Singen der Nationalhymne.

Die Einbürgerungsfeier ist Teil der Initiative der Hessischen Landesregierung, die unter dem Motto „Hessen und ich DAS PASST“ steht und darauf abzielt, über die Voraussetzungen zur Einbürgerung zu informieren. Mit Plakaten, einem Flyer und einer Internetseite (www.einbuergierung.hessen.de) macht die Hessische Landesregierung auf das Thema aufmerksam, um mehr Menschen zu ermutigen, von der Einbürgerung Gebrauch zu machen.

Die Einbürgerung stellt den letzten Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft dar. Nur wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat, kann wählen und gewählt werden und hat die gleichen Rechte wie alle anderen Deutschen.



© Nicole Hankammer

WIR statt Woher kommst du? ZUKUNFTSWERKSTATT



© HMSI

Unter dem Motto „WIR statt woher kommst du?“ fand am 17. Mai 2018 im Kreishaus Friedberg (Wetteraukreis) die Zukunftswerkstatt des Landesprogramms WIR statt. Als erste gemeinsame Tagung von WIR-Koordinatorinnen und -koordinatoren, WIR-Fallmanagerinnen und -managern sowie kommunalen Integrationsbeauftragten, wurden insbesondere Themen zur Identität von jungen Migrantinnen und Migranten diskutiert, die in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben, hier geboren wurden und aufgewachsen sind. „Die Veranstaltung und der gemeinsame Dialog durch die wertvollen Impulse von Prof. Dr. Joana Vassilopou-

lou und der Autorin Jagoda Marinic sind ein bestens geeignetes Instrument für den Erfahrungs- und Wissenstransfer in der Integrationsarbeit, von der alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitieren“ resümierte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose.

Weiterführende Themen wie „Das Fremde in den Medien“ oder „Wir sind viele – Einwanderungsgesellschaft für heute und morgen neu denken“ wurden später in Workshops vertieft. Im Fokus der Veranstaltung stand jedoch vor allem die Perspektive der Migrantinnen und Migranten selbst. In

teils sehr persönlichen Beiträgen wurde geschildert, wie verschiedene kulturelle Wurzeln zum einen die Persönlichkeit bereichern, zum anderen aber auch dazu führen können, sich zwischen Kulturen hin- und hergerissen zu fühlen.

Das Hinterfragen vermeintlich sicherer Glaubenssätze ist daher für gelingende Integration auch auf Seiten der sogenannten Aufnahmegesellschaft notwendig, stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest. Daneben wurde auch die Macht der Sprache diskutiert. Es wurden einige Beispiele angeführt die aufzeigen, wie allein Sprache ausgrenzen kann: Die weithin verbreitete Frage „Woher kommst Du eigentlich?“ werde in der Regel nur Personen gestellt, die offenbar „anders“ aussähen und deren Zugehörigkeit zur Gemeinschaft durch diese Konfrontation in Frage gestellt wird.

„Für die Frage ob jemand Hesse oder Hessin ist, kommt es weniger denn je darauf an, wo er oder sie herkommt. Entscheidend ist vielmehr, wo er oder sie hin will und dass die Person an der Gesellschaft teilhaben kann. Wir wollen die chancengerechte Teilhabe aller Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft“, erklärte Klose.

Interkulturelles Kochen

Staatssekretär Kai Klose beim Kochevent des Hochtaunuskreises

Staatssekretär Kai Klose nahm am 19.04.2018 als prominenter Gast am Kochevent für das „Interkulturelle Kochbuch“ des Hochtaunuskreises im Café Olé in Usingen teil.

Im Café Olé, Ausbildungsstätte der Starthilfe Hochtaunus e.V., können Flüchtlinge die Basisqualifikation als Fachkraft im Gastronomiegewerbe erwerben.

„Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Baustein, um Zugewanderte gesellschaftlich zu integrieren“, betonte der Staatssekretär.



Staatssekretär Kai Klose beim Kochevent © HMSI

Kolumne

Ansichten von Staatssekretär Kai Klose

Kein Fußbreit dem Antisemitismus

Spätestens seit dem Angriff auf einen jungen Kippa-tragenden Israeli in Berlin vor wenigen Wochen wird verstärkt über Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft diskutiert. Antisemitisches Gedankengut scheint auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein – wenn es denn je wirklich weg war. Eine repräsentative Befragung des Allensbach-Instituts Mitte Juni hat das bestätigt. Teils zeigen sich diese Einstellungen versteckt, teils offen. Wenn auch die Zahl der polizeilich aufgenommenen antisemitisch motivierten Straftaten in Hessen zuletzt gesunken ist, sind Antisemitismus und Rassismus für zu viele Menschen auch in Hessen Alltag.

Innerhalb der jüdischen Bevölkerung gibt es deshalb ein erhebliches Maß an

Betroffenheit und persönlichem Ohnmachtsempfinden. Das dürfen und werden wir nicht hinnehmen! Wir bekennen uns zu einem offenen, freien und wertschätzenden Miteinander, in dem Diskriminierung und Rassismus keinen Platz haben. Wer seine grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen ausübt, der darf das und wird staatlich geschützt – das gilt auch für das Tragen religiöser Symbole. Wir sind mehr und wir müssen auch wieder lauter sein als diejenigen, die den Holocaust leugnen, Israel-Flaggen verbrennen und Hass verbreiten.

Jüdinnen und Juden dürfen sich nie wieder in Deutschland in ihrer Existenz bedroht fühlen und Angst um ihr Leben haben. Antisemitismus ist ein Angriff

auf die Grundlagen unserer Demokratie.

Deshalb ist Vielfaltspolitik für ein friedliches und soziales Zusammenleben wichtig – der wertschätzende Umgang mit Individualität, Pluralität und Verschiedenheit macht unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft aus. Das Bewusstsein für Vorurteile zu schärfen, ist heute wichtiger denn je.

Akzeptanz und eine diskriminierungsfreie Gesellschaft können nicht von oben verordnet werden. Sie müssen aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Deshalb unterstützen wir als Landesregierung auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die sich für Vielfalt, gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung engagieren.

Kluge Worte



**Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration**

**ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT
IST
MENSCHENRECHTSARBEIT!**
KAI KLOSE, 25. JUNI 2018

HESSEN

**VIELFALT
SCHÄTZEN**
Antidiskriminierungsstelle

**Hessische
Antidiskriminierungsstrategie:
Für Vielfalt, Akzeptanz und
gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Wichtiges in Kürze ...

WIR-Programm – Neue Förderlinien kommunale Integrationsstrategien und Laiendolmetscher/innen

Das Landesprogramm „WIR“ wurde im Jahr 2018 finanziell auf über 10 Millionen Euro aufgestockt und um neue Programmlinien erweitert.

Ehrenamtliche Vereine und Initiativen sollen nun bei ihrer Arbeit mit Asylbewerbern, Geflüchteten, Geduldeten und Zugewanderten mit der Förderung der Bereitstellung von Dolmetschertätigkeiten unterstützt werden. Hierzu fördert die Landesregierung den Einsatz von ehrenamtlichen Laiendolmet-

schern, die ein Auswahlverfahren des Trägers eines Laiendolmetscherpools durchlaufen haben. Die Träger sind nur antragsberechtigt, wenn sie einen Laiendolmetscherpool von mindestens fünf Laiendolmetschern vorhalten, der nicht nur für ihre Einrichtung tätig ist. Hierfür stehen jährlich 200.000 Euro zur Verfügung. Förderfähig sind max. 20 Euro pro Einsatz für jeden Klienten, unabhängig von der für jeden Einsatz aufgewendeten Zeit.

Außerdem fördert das Land die Erarbeitung kommunaler Vielfalts- und Integrationsstrategien für Städte und Ge-

meinden mit einer Einwohnerzahl von 10.000 bis 50.000. Gefördert wird der Prozess zur Erstellung einer kommunalen Vielfalts- und Integrationsstrategie mit einer Summe von bis zu 20.000 Euro. Am Ende des Prozesses soll eine kommunale Vielfalts- und Integrationsstrategie stehen, die von der Gemeindevertretung bzw. der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden kann.

Weitere Informationen sowie Antragsunterlagen stehen unter www.integrationskompass.de zur Verfügung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zukunftswochen der Hessischen Landesregierung

Welche Themen sind in Hessen von besonderer Bedeutung? Welche zukunftssträchtigen Lösungen werden umgesetzt? - Über mehrere Wochen hinweg unternahm die Landesregierung ihre „Zukunftswochen“, bei denen sie sich vor Ort ein Bild von der Praxis machten. In der Zukunftswoche „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ interessierten Staatsminister Stefan Grüttner und die Staatssekretäre Dr. Wolfgang Dippel und Kai Klose vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sich für Best Practice-Beispiele aus dem Miteinander der Generationen und interkultureller Jugendarbeit.

„Eine Gesellschaft funktioniert nur gut, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger friedlich und respektvoll zusammenleben“, erläuterte Ministerpräsident Volker Bouffier: „Die Basis hierfür ist ein Grundkonsens gemeinsamer Werte, der auf unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung beruht“. Die Landesregierung setze sich in vielen Bereichen für den Zusammenhalt ein. Von den bundesweit einmaligen „Aktionsplänen zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ profitierten z.B. alle

Hessinnen und Hessen: Fast drei Mio. Euro flössen in den sozialen Wohnungsbau, Kitas, Schulen und Hochschulen sowie zusätzliche Lehrerstellen. Auch das Sozialbudget sei im Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 von zuvor 70 Mio. Euro auf deutlich über 100 Mio. Euro angehoben worden.

Minister Grüttner besuchte das Zentrum für Jung und Alt in Langen, das Mütterzentrum, Mehrgenerationenhaus und Familienzentrum zugleich ist. „Die wertvolle Arbeit ist ein wichtiger Baustein für ein gut funktionierendes Zusammenleben“, erklärte er, „außerdem fördert sie den wichtigen Dialog zwischen den Generationen“.

Staatssekretär Klose war beim Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen zu Gast. Nach seinem Eindruck ist der Bund „ein Vorbild in Sachen Integration“, weil er sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteilige. Dazu zähle auch der Einsatz für Menschenrechte, die Religionsfreiheit und die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Staatssekretär Dr. Dippel informierte sich über Projekte zur Gemeinwesenarbeit und lobte die gelungenen Ansätze.

HESSEN



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration

Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Abteilung Integration
Sonnenberger Str. 2/2a · 65193 Wiesbaden
www.integrationskompass.de

V.i.S.d.P.: Esther Walter · Tel. 0611/3219 3494

Redaktion: Claudia Hackhausen · Tel. 0611/3219 3358
Banu Rübeling · Tel. 0611/3219 3424
E-Mail: integration@hsm.hessen.de

Druck: Schleunungdruck GmbH, 97828 Markttheidenfeld